

dem Krieg hatten, zum Kurzbesuch nach Nordrhein-Westfalen kommt, ist klar, dass die Opposition natürlich darauf herumreitet. Was haben Sie denn gedacht? Dass das einfach so an Ihnen vorbeigeht und nichts passiert? Ganz ehrlich, das ist eine Fortsetzung des Untersuchungsausschusses.

Im Übrigen ist das, was hier in den letzten Wochen abgeht, eines Parlaments und im Besonderen der Opfer völlig unwürdig. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Ich war am Sonntag in Bad Münstereifel und habe einen Scheck aus einer Sammlung für ein Opfer übergeben, das jetzt den Weg zurück nach Bad Münstereifel sucht. Wir werden diesen Mann mit dem Geld unterstützen, damit er sich dort eine Wohnung suchen und seinen Hausrat wieder beschaffen kann, denn er hat alles verloren. Solche Leute würde ich gerne einmal in eine Sitzung unseres Untersuchungsausschusses mitnehmen.

(Lachen)

– Ja, da können Sie lachen. Ihnen ist das Schicksal dieser Leute völlig egal.

(Zuruf)

– Doch. Sie hören keine Sekunde zu, unterhalten sich und machen hier Ihre blöden Witze.

(Kirstin Korte [CDU]: Quatsch!)

– Doch. Genau das ist es. Das ist genau dieselbe Situation wie damals mit Armin Laschet, als er im Hintergrund stand und sich einen abgelacht hat. Das ist genau dieselbe Situation. Es interessiert Sie gar nicht. Das ist die Wahrheit.

Ich würde diese Leute wirklich gerne einmal in den Untersuchungsausschuss mitnehmen, um ihnen zu zeigen, wie wir drei Stunden darüber diskutieren, in welchem Raum wir sitzen, ob der größer und besser ist und ob wir irgendwelche Abstände einhalten.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das würde ich gerne einmal tun und dann sehen, was die Menschen dazu sagen, wie wir hier diese Katastrophe aufarbeiten. Das würde ich wirklich gerne einmal sehen, ganz ehrlich. Meine Herren!

(Beifall von der AfD – Christian Dahm [SPD]: Das ist nur für die Kamera da oben!)

Ansonsten können wir dem Antrag grundsätzlich zustimmen, weil wir glauben, dass wir den Untersuchungszeitraum zwar nicht explizit wegen Blessem, aber dennoch ein Stück weit erweitern müssen. Denn es geht zum Beispiel auch um die Talsperren.

Der Zeitraum – da gebe ich Ihnen recht – ist natürlich völlig hanebüchen; das werden wir nicht hinbekommen. In der nächsten Legislatur müssen wir den Untersuchungszeitraum aber vielleicht wirklich

erweitern, damit wir auch einmal klären, warum die Talsperren so voll waren. Das geht ja nicht nur auf den Freitag der Katastrophe zurück, sondern das müsste schon ein bisschen weiter vorne geklärt werden.

Dem Antrag werden wir heute daher grundsätzlich zustimmen, auch wenn wir wissen, dass nicht viel dabei herkommt. Beim nächsten Mal sollte man darauf auf jeden Fall achten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, und ich schließe die Aussprache.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt.

Ich weise darauf hin, dass der im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand durch den Beschluss des Landtags gemäß § 3 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes nur mit Zustimmung der Antragstellerinnen und Antragsteller verändert werden kann. Der Antrag auf Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V Drucksache 17/14944 wurde seinerzeit von den Abgeordneten der Fraktion der SPD und den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt. Eine Erweiterung erfordert daher deren Zustimmung. Diese Zustimmung kann im Rahmen der folgenden Abstimmung über den Erweiterungsantrag konkludent erfolgen. Eine Enthaltung kann dabei aber nicht als Zustimmung gewertet werden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16773. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit hat der Antrag Drucksache 17/16773 zwar eine Mehrheit erreicht, aber die gesetzlich erforderliche Zustimmung wurde nicht erteilt. Der **Untersuchungsgegenstand bleibt** daher **unverändert**.

(Zurufe – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr wollt keine Aufklärung!)

Ich rufe auf:

21 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16529

Beschlussempfehlung
des Wissenschaftsausschusses
Drucksache 17/16792

zweite Lesung

Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt werden zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 2*).

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung. Der Wissenschaftsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/16792, den Gesetzentwurf Drucksache 17/16529 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/16529 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/16529** einstimmig **angenommen und verabschiedet**.

Ich rufe auf:

22 Viertes Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16444

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 17/16726

zweite Lesung

Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt werden zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 3*).

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 17/16726, den Gesetzentwurf Drucksache 17/16444 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/16444 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – **Enthaltungen?** – **Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 17/16444** einstimmig **angenommen und verabschiedet**.

Ich rufe auf:

23 Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16256

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/16727

zweite Lesung

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt werden die Reden zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 4*).

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz empfiehlt in Drucksache 17/16727, den Gesetzentwurf Drucksache 17/16256 mit den in seiner Beschlussempfehlung näher bezeichneten Änderungen anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 17/16727 und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das sind dann SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/16256 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen und verabschiedet**.

Ich rufe auf:

24 Gesetz zur Auflösung des Paderborner Studienfonds

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16728

erste Lesung

Herr Minister Lienenkämper hat seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 5*). Eine weitere Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/16728 an den Haushalts- und Finanzausschuss. Ist jemand dagegen? – Möchte sich jemand enthalten? – Dann ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

25 Gesetz zu dem Sechsten Änderungsvertrag zum Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, der Synagogen-Gemeinde Köln – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und dem